

Untersuchung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse beim WWF Deutschland

*Schwerpunkt:
Naturschutzprojekte
(in bestimmten
Schutzgebieten)*

Inhalt

Einleitung	04
Methodik	06
Zentrale Leitprinzipien	06
Überblick: Projektphasen & Hauptaufgaben	07

Ergebnisse

I. WWF Deutschland – Position innerhalb der globalen WWF-Organisation	10
II. Kontextanalyse	13
Herausforderungen im Zusammenhang mit Naturschutzprojekten	13
Zusammenfassung der Vorwürfe	17
III. Bewertung der menschenrechtlichen Sorgfalt des WWF Deutschland im Rahmen von Projekten zum Schutz wild-lebender Tierarten	18
1. Selbstverpflichtung durch Sozialstandards und -richtlinien	19
2. Verfahren zur Ermittlung tatsächlicher und potenzieller nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte	23
3. Maßnahmen zur Begrenzung (potenziell) nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte	27
Sicherheitsmanagement	28
Lokale Gemeinschaften	30
Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen	31
Informationsquellen – Umgang mit Informanten	32
4. Berichterstattung	34
5. Beschwerdemechanismen	36

Empfehlungen	39
Fazit	46

Über Löning – Human Rights & Responsible Business

Löning – Human Rights & Responsible Business wurde 2014 gegründet und ist ein Beratungsunternehmen und Think Tank für Wirtschaft und Menschenrechte mit Sitz in Berlin. Unser diverses Team unterstützt globale Unternehmen und Organisationen bei der Integration von Menschenrechten in Unternehmensstrategien und in das operative Geschäft. Als internationales Team mit betriebswirtschaftlicher, juristischer, sozialwissenschaftlicher und menschenrechtlicher Erfahrung bieten wir Unternehmen Orientierung in menschenrechtlichen Sorgfaltsprozessen nach international anerkannten Standards und arbeiten daran, die Achtung der Menschenrechte in Managementprozessen zu stärken. Wir sehen uns Sachverhalte unparteiisch und umfassend an, gehen schwierigen Fragen auf den Grund und sprechen praxisnahe, auf die jeweilige Situation zugeschnittene Handlungsempfehlungen aus.

Dieser Bericht wurde von World Wide Fund For Nature (WWF) Deutschland in Auftrag gegeben und ursprünglich auf Englisch verfasst. Die vorliegende deutsche Version ist eine Übersetzung.

Projektteam



Lisa Szeponik,
Project Lead



Cecilia Barral Diego,
Lead Analyst



Theresa Quiachon,
Lead Researcher



Raquel Althoff,
Associated Researcher



Claire Treinen,
Associated Researcher



Markus Löning,
Project Director

Einleitung

Mit Aktivitäten in mehr als 100 Ländern gehört der WWF zu den weltweit größten Naturschutzorganisationen. Der WWF will die „weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben“.¹

Am 4. März 2019 veröffentlichte BuzzFeed News schwerwiegende Vorwürfe zu Menschenrechtsverletzungen, die im Kontext der Arbeit des WWF verübt worden sein sollen.

Am 6. März 2019 erhielten wir als externes Beratungsunternehmen für Menschenrechtsfragen vom WWF Deutschland den Auftrag, die gegenwärtigen Verfahren für menschenrechtliche Sorgfalt bei WWF Deutschland insbesondere im Hinblick auf Naturschutzprojekte in ausgewählten Schutzgebieten zu beurteilen. Der Schwerpunkt dieses Auftrags liegt auf drei bestehenden und einem potenziellen neuen Schutzgebiet in Afrika, die von der Arbeit des WWF Deutschland unterstützt und von BuzzFeed News genannt werden: dem Lobéké Nationalpark in Kamerun, dem Salonga Nationalpark in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), der Dzangha-Sangha

Schutzgebiete in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) und dem geplanten Schutzgebiet Messok Dja in der Republik Kongo (RK).

Den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) zufolge kann die Erfüllung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten als Verfahren beschrieben werden, mit dem ein Unternehmen negative Auswirkungen auf Menschenrechte in seiner gesamten Projektpartner, Geber und Lieferanten umfassenden Lieferkette identifiziert, vermeidet, mindert und für sie Verantwortung übernimmt.

Auch wenn der Schutz der Menschenrechte vorrangig eine staatliche Aufgabe ist, stellen diese 2011 vom UN-Menschenrechtsrat einstimmig angenommenen und verbindlichen Leitprinzipien eindeutig fest, dass transnationale Konzerne, Unternehmen und internationale Organisationen für die Achtung der Menschenrechte verantwortlich sind, da ihre Tätigkeiten direkte Auswirkungen auf Menschenrechte haben können. Die Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte markierte einen Meilenstein in der lang geführten

Diskussion über Wirtschaft und Menschenrechte. Seitdem steigen der öffentlich-regulatorische Druck und die politischen Erwartungen an Unternehmen, die Menschenrechte entlang ihrer Geschäftstätigkeiten zu achten. Gemäß Prinzip 13 der UNGPs erfordert die Verantwortung für die Wahrung der Menschenrechte, dass Unternehmen „es (a) vermeiden, durch ihre eigene Tätigkeit nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verursachen oder dazu beizutragen und diesen Auswirkungen begegnen, wenn sie auftreten; [und] (b) bemüht sind, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verhüten oder zu mindern, die auf Grund einer Geschäftsbeziehung mit ihrer Geschäftstätigkeit, ihren Produkten oder Dienstleistungen unmittelbar verbunden sind, selbst wenn sie nicht zu diesen Auswirkungen beitragen“.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sollten auch auf WWF Deutschland und seine Naturschutzaktivitäten angewandt werden, denn Naturschutzprojekte haben das Potenzial, positive Beiträge zur Verwirklichung zahlreicher Menschenrechte zu leisten, können jedoch gleichzeitig auch mit negativen Auswirkungen auf Menschenrechte verbunden sein. Naturschutzprojekte stehen oftmals nicht nur vor Sicherheitsproblemen durch organisierte Wilderei, sondern werden zudem häufig in von Konflikten betroffenen Umgebungen umgesetzt, in denen Korruption weit verbreitet und die

Rechtsstaatlichkeit in vielerlei Hinsicht schwach ist. Zu der Arbeit in solchen Umgebungen gehört die Kooperation mit Behörden, wie Verwaltungen von Naturschutzgebieten und Naturschutzbehörden. Die UNGPs bieten ein Rahmenwerk für die Adressierung dieser Herausforderungen und ein strukturiertes Vorgehen für menschenrechtliche Sorgfaltsprozesse.

Der vorliegende Bericht vermittelt auf Grundlage von Informationen, die im Zeitraum vom 6. März bis zum 3. April 2019 gesammelt wurden, einen ersten Überblick über die gegenwärtige Praxis des WWF Deutschland im Hinblick auf Naturschutzprojekte in den zuvor genannten Schutzgebieten. Er identifiziert erste Lücken in den Verfahren für menschenrechtliche Sorgfalt bei WWF Deutschland und enthält konkrete Handlungsempfehlungen.

Methodik

Zentrale Leitprinzipien

Basierend auf internationalen Standards

Die vorliegende Untersuchung basiert auf allgemein anerkannten Leitlinien und Handreichungen für menschenrechtliche Sorgfalt, wie etwa den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.² Das bekannte „Human Rights Compliance Assessment Tool“ des *Danish Institute for Human Rights*³ wurde für die Entwicklung spezifischer Indikatoren herangezogen. Menschenrechte werden in der Bewertung so aufgefasst, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte⁴, durch zentrale internationale Menschenrechtsinstrumente⁵ und in den von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) definierten Übereinkommen⁶ festgeschrieben.

Länderspezifischer menschenrechtlicher Kontext

Ein wichtiges Element für die Beurteilung menschenrechtlicher Sorgfaltsprozesse ist die Berücksichtigung des länderspezifischen menschenrechtlichen Kontexts. Hierzu haben wir Hintergrundrecherchen für die entsprechenden Länder durchgeführt, um ein gutes Gesamtverständnis der allgemeinen politischen und menschenrechtsbezogenen Herausforderungen auf Länderebene zu erhalten.

Einbindung von relevanten Akteuren

Ein weiterer zentraler Aspekt war der Austausch mit Schlüsselakteuren (in dieser Phase des Mandats mit relevanten Mitarbeiter:innen von WWF Deutschland und WWF International als interne Akteure), um erforderliche Informationen zu sammeln und die Herausforderungen besser zu verstehen, mit denen WWF Deutschland im Rahmen seiner Tätigkeiten konfrontiert ist. Auf diese Weise wurde eine ganzheitliche, den Kontext berücksichtigende Perspektive auf die in Rede stehenden menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse ermöglicht.

Überblick: Projektphasen & Hauptaufgaben

7

01

*Umfang und
Planung – Kontext-
analyse*

Zusammenfassung
der Vorwürfe –
Querschnittsthemen

Entwicklung des
Bewertungsrahmens
für den WWF

Erforschung und
Analyse der Menschen-
rechtssituation in
den jeweiligen Ländern

Analyse der Akteure
und Engagement-Plan

Kick-off-Meeting

02

*Datensammlung
und Einbindung von
Mitarbeiter:innen*

Überprüfung aller
zur Verfügung
gestellten Dokumente

10 Gespräche mit
WWF-Mitarbeiter:innen
relevanter Funktionen

03

*Auswertung –
Identifizierung von
Lücken*

Auswertung der
Ergebnisse

Identifikation von
Lücken

04

*Entwicklung
von Empfehlungen
und Bericht*

Empfehlungen zur
Verbesserung

Gespräche mit zentralen
WWF-Mitarbeiter:innen zu
den Empfehlungen

Ergebnisvermittlung:
Bericht

In **PHASE 1** (*Umfang und Planung*) wurde eine Kontextanalyse durchgeführt. Zu diesem Zweck haben wir eine Prüfung und **Zusammenfassung der Vorwürfe** vorgenommen, die BuzzFeed News, insbesondere in Bezug auf die WWF-Projekte in und in der Nähe von Schutzgebieten in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), in der Republik Kongo, in der Zentralafrikanischen Republik und in Kamerun im März 2019 erhoben hatte. Der Fokus der Analyse lag auf diesen afrikanischen Ländern, da der WWF Deutschlands dort an umfangreichen Projekten beteiligt ist. Wir haben qualitative Forschungsmethoden für die Identifizierung von **Querschnittsthemen** angewandt, die sich aus den Vorwürfen von BuzzFeed News ergeben und die größten menschenrechtlichen Risikofelder widerspiegeln könnten, die WWF Deutschland auf Organisationsebene angehen sollte. Zu diesem Zweck haben wir ein Kodierungssystem entwickelt, das auf die Presseanfrage von BuzzFeed News und auf die Beiträge, die sich auf die Vorwürfe beziehen, angewandt wurde. Mit Hilfe dieses so genannten axialen Kodierens können Muster und Beziehungen zwischen den Vorwürfen erkannt werden, die im Hinblick auf die bestehenden oder das geplante Schutzgebiet erhoben wurden. Außerdem wurden **Hintergrundrecherchen durchgeführt**, bei denen die jeweilige länderspezifische politische Situation und die Herausforderungen aus menschenrechtlicher Perspektive betrachtet wurden.

Um die menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse im Kontext der in Rede stehenden Naturschutzprojekte beim WWF Deutschland zu strukturieren und zu beurteilen, wurde ein **Bewertungsrahmen** entwickelt. Dieser Bewertungsrahmen basiert auf den fünf zentralen Elementen menschenrechtlicher Sorgfalt, wie in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte festgeschrieben. Für jedes der fünf Elemente wurden Indikatoren entwickelt, an denen wir uns bei der Bewertung (Datensammlung und Einbindung von Mitarbeiter:innen in Phase 2) orientiert haben. Darüber hinaus wurden für die in Phase 1 identifizierten wesentlichen menschenrechtlichen Risikofelder weitere Indikatoren entwickelt. Abschließend fand ein **Kick-off-Meeting** statt, in dem wir den Mitarbeiter:innen von WWF Deutschland unseren Ansatz erläuterten, einen Zeitplan und Meilensteine vereinbarten und die Akteure in einem Stakeholder-Mapping erfasst haben.

PHASE 2 (*Datensammlung und Einbindung von Mitarbeiter:innen*) beinhaltete die Überprüfung und Analyse der geltenden Richtlinien und Verfahren (die überwiegend von WWF Deutschland bereitgestellt wurden; andere waren öffentlich verfügbar) im Hinblick auf die Indikatoren für die fünf Kernelemente menschenrechtlicher Sorgfalt beim WWF Deutschland:

1. Grundsaterklärung zur Achtung der Menschenrechte
2. Verfahren zur Ermittlung tatsächlicher und potenziell nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte
3. Maßnahmen zur Begrenzung (potenziell) nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte
4. Berichterstattung
5. Beschwerdemechanismen

Für eine weitere Triangulation der Ergebnisse haben wir insgesamt zehn semi-strukturierte Gespräche mit relevanten Mitarbeiter:innen von WWF Deutschland sowie von WWF International aus unterschiedlichen Abteilungen und mit unterschiedlichen Funktionen geführt. Dabei diente das Mapping zu den Schlüsselakteuren aus dem Kick-off-Meeting in Phase 1 als Grundlage für die Auswahl der Gesprächspartner:innen.

In **PHASE 3** (*Auswertung und Identifizierung von Lücken*) wurden die von uns gesammelten Informationen und Daten mit Hilfe des Bewertungsrahmens und seiner Indikatoren analysiert, um mögliche Lücken zu erfassen.

In **PHASE 4** (*Empfehlungen und Bericht*) wurden die Ergebnisse aus den Phasen 1-3 für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen verwendet, mit denen der WWF Deutschland seine Verfahren zu menschenrechtlicher Sorgfalt verbessern kann. Der vorliegende Bericht enthält eine Beschreibung der identifizierten Lücken und eine Roadmap für empfohlene nächste Schritte.

Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse stützen sich auf die uns bereitgestellten Dokumente, Gespräche, die mit Mitarbeiter:innen von WWF Deutschland und WWF International geführt wurden und auf öffentlich verfügbaren Informationen. Die Datensammlung beschränkte sich in diesem ersten Schritt auf den Zeitraum vom 6. März bis zum 3. April 2019.

I. WWF Deutschland – Position innerhalb der globalen WWF Organisation

Innerhalb des globalen Netzwerks des WWF ist WWF Deutschland als sog. Nationalbüro kategorisiert. Der WWF Deutschland ist eine deutsche Stiftung bürgerlichen Rechts. Er ist an WWF International über eine Markenlizenzierungsvereinbarung und ergänzende Jahresverträge gebunden. Ein Nationalbüro arbeitet eigenverantwortlich innerhalb der nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen. Der WWF Deutschland ist somit im Hinblick auf sämtliche Tätigkeiten unabhängig vom WWF International. WWF International fungiert als Sekretariat des internationalen Netzwerks der Nationalbüros und koordiniert die gemeinsame Arbeit.

Sozialstandards und -Richtlinien werden vom WWF International entwickelt und von dort aus in der gesamten Organisation verbreitet. Da der WWF Deutschland rechtlich und finanziell unabhängig ist, ist er aus rechtlicher Perspektive nicht an Weisungen des Sekretariats (im Zusammenhang mit Sozialstandards, -richtlinien und Safeguards) gebunden. Die Einhaltung der internationalen

WWF Sozialstandards und -richtlinien ist jedoch im Hinblick auf die Markenlizenzierungsvereinbarung zwischen WWF International und WWF Deutschland sowie die ergänzenden Jahresverträge bindend.

Im Unterschied zu den Nationalbüros sind WWF Länder- und Regionalbüros weisungsgebunden und finanziell an den WWF International gebunden.

WWF Deutschland entwickelt internationale Projekte gemeinsam mit den entsprechenden WWF Länderbüros, die Teil des WWF International sind. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf Naturschutzprojekte in Schutzgebieten in Kamerun, in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), in der Republik Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR). Dies beinhaltet unter anderem den Schutz von Habitat und Wald, die Stärkung von lokalen Gemeinschaften und das Management von Pufferzonen. Da der WWF Deutschland das Management und die Fortschritte bei den Projekten überwacht, an

denen er beteiligt ist, findet die Kommunikation auf Ebene der Organisationsstruktur direkt mit den Büros in den betreffenden Ländern statt (WWF Länderbüro in Kamerun, WWF Länderbüro in der Demokratischen Republik Kongo, WWF Länderbüro in der Zentralafrikanischen Republik, WWF-Niederlassung in der Republik Kongo). Ausgeschlossen von der Aufsichtsrolle des WWF Deutschlands sind das Mitarbeiter- und Büromanagement. Das Maß an Kontrolle kann je nach Projekt (z. B. Geberanforderungen) und Land unterschiedlich sein. Die Aufsichtsrolle von WWF Deutschland ist außerdem mit dem WWF International über das WWF-Regionalbüro für Afrika verflochten. Letzteres ist dafür verantwortlich, die Länderbüros in der Region zu leiten. Es wird von Zentren in Nairobi (Kenia) und Yaoundé (Kamerun) vertreten. WWF DR Kongo verwaltet den Nationalpark Salonga gemeinsam mit dem

ICCN (Institut Congolais pour la Conservation de la Nature), der kongolesischen Parkbehörde. In der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) arbeitet WWF ZAR gemeinsam mit der Regierung und unterstützt die Verwaltung des Schutzgebietes Dzanga-Sangha, zu dem der Nationalpark Dzanga-Ndoki und das Schutzgebiet Réserve Spéciale de Forêt Dense de Dzanga-Sangha gehören. In Kamerun arbeitet der WWF in Partnerschaft mit dem Ministerium für Flora und Fauna (MINFOF). In der Republik Kongo unterhält der WWF kein Büro, die hier tätigen Mitarbeiter werden vom WWF Gabun gemanagt. In allen aufgeführten Fällen ist der WWF Deutschland in der vertraglichen Rolle eines Gebers.

II. Kontextanalyse

Als eine der größten Naturschutzorganisationen in Deutschland leistet der WWF gemeinsam mit dem internationalen Netzwerk erhebliche Beiträge zur Bewahrung der Biodiversität in ausgewählten ökologisch bedeutsamen Regionen. Diese Arbeit ist zwangsläufig mit bestimmten Herausforderungen und Dilemmata verbunden. Wie die meisten Naturschutzorganisationen steht auch der WWF Deutschland durch seine Tätigkeiten in komplexen Umgebungen großen Herausforderungen bei der Konzeptentwicklung sowie der Planung und Umsetzung seiner Projekte in Schutzgebieten gegenüber. Im Folgenden werden deshalb wichtige Aspekte beleuchtet, die allgemein im Kontext von Naturschutzprojekten relevant sind.

Generelle Herausforderungen im Zusammenhang mit Naturschutzprojekten

Projekte in instabilen Regionen – Zahlreiche internationale Naturschutzprojekte, die Unterstützung und/oder das Management von Schutzgebieten beinhalten, werden in Ländern mit schwacher Rechtsdurchsetzung umgesetzt. So befindet sich beispielsweise das zweitgrößte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde im Kongobecken. Es erstreckt sich über Kamerun, die Demokratische Republik Kongo, die Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik. Da sie eine große Artenvielfalt beherbergen, gehören diese Staaten zu den wichtigsten Projektregionen des WWF. Gleichzeitig gelten diese Länder als Konfliktregionen. Sie sind von Bürgerkriegen gezeichnet, die politische Lage ist instabil und die Rechtsstaatlichkeit in vielerlei Hinsicht schwach.

Die Wahrscheinlichkeit und die Schwere von Menschenrechtsverletzungen sind in diesen Gebieten erheblich höher als in anderen Regionen. Für besonders gefährdete Mitglieder der Gesellschaft, wie etwa Minderheiten oder Kinder und Frauen, besteht in solchen Umfeldern ein hohes Risiko, besonders häufig von negativen Auswirkungen betroffen zu sein. Das Tätigkeitsumfeld von Naturschutzorganisationen ist in diesen Regionen hochkomplex und von der Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Akteuren geprägt. Mit dieser Situation ist auch der WWF Deutschland konfrontiert: Schutzgebiete befinden sich in der Regel im Besitz von nationalen Behörden. Der WWF ist daher auf die Zusammenarbeit mit Regierungen und nationalen Institutionen angewiesen, deren Praktiken möglicherweise nicht mit internationalen Menschenrechtsnormen übereinstimmen. Die Etablierung internationaler Standards im Rahmen von Naturschutzprojekten erfordert in solchen Kontexten daher Zeit, Ressourcen und ein langfristiges Engagement.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dimension von Naturschutz –

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus dem Spannungsfeld zwischen Naturschutz und Entwicklung. Die globale Bevölkerung wächst konstant, die unberührten Lebensräume für wildlebende Tiere werden kleiner und die nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen nimmt zu. In vielen Naturschutzgebieten dürfen nur bestimmte Bereiche betreten werden und das zugrunde liegende Konzept beinhaltet, dass große Bereiche frei von menschlichem Einfluss bleiben sollen. Um dies zu erreichen werden Anreize geschaffen, indem z.B. die in der Umgebung der Parks lebende Gemeinschaften unterstützt werden. Trotzdem wird das Ökosystem häufig von Menschen genutzt, etwa für den Anbau von Lebensmitteln oder zur Jagd. Naturschutzaktivitäten – insbesondere solche in von Konflikten betroffenen Gebieten – müssen daher berücksichtigen, wie Mitarbeiter:

© 7 Gemäß der Definition in der WWF-Veröffentlichung „Rangers Perceptions – Africa“ wird der Begriff „Ranger“ in diesem Bericht als „allgemeiner Begriff verwendet, der sich auf alle Mitarbeiter bezieht, die vor Ort im Einsatz sind. Er schließt Wild- und Waldhüter, Förster, Parkwächter/Ranger, Scouts, Beobachter und andere Mitarbeiter in der Außenarbeit ein.“

innen in den Schutzgebieten (insbesondere Ranger⁷) und lokale Gemeinschaften die Gegenwart und die Aktivitäten der jeweils anderen Gruppen wahrnehmen. Indigene Gemeinschaften bewohnen über 85% der Schutzgebiete weltweit und neu geplante Projekte betreffen fast unumgänglich auch indigenes Terrain.⁸ Dies geht aus einer öffentlichen WWF-Fallstudie zur Zusammenarbeit mit indigenen Völkern hervor. Da Naturschutzprojekte Umsiedlungen von lokalen Gemeinschaften beinhalten können oder die Möglichkeit besteht, dass sie ihre gewohnheitsmäßige Landnutzung anderweitig betreffen, wurde auf internationaler Ebene der FPIC-Ansatz (Free Prior and Informed Consent) entwickelt: Vor der Ergreifung jeglicher Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Naturschutzprojekten stehen, muss eine auf der Kenntnis der Sachlage gegründete vorherige Zustimmung der lokalen indigenen Bevölkerung eingeholt werden. Obwohl die internationalen FPIC-Grundsätze klar beschrieben sind, befindet sich die praktische Umsetzung noch in der Entwicklung und ist weitgehend vom lokalen Kontext abhängig. Ob das FPIC-Prinzip in unterschiedlichen Naturschutzgebieten weltweit bisher ordnungsgemäß angewandt wurde, ist Gegenstand kontroverser Diskussionen.

„Militarisierung“ von Naturschutzaktivitäten – Die dritte große Herausforderung für Naturschutzorganisationen und damit auch für den WWF Deutschland, ist der wachsende illegale Wildtierhandel mit bedrohten Arten, wie etwa Elefanten und Nashörnern.⁹ Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) erkennt den Handel mit Wildtierprodukten inzwischen als einen der wichtigsten Bereiche organisierter Kriminalität an und sieht in ihm eine erhebliche Bedrohung für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Ranger sehen sich in Naturschutzgebieten mit professionell ausgerüsteten und schwer bewaffneten Wilderei-Einheiten

© 8 WWF, *Indigenous Peoples and Conservation Organizations: Experiences in Collaboration*, (Indigene Völker und Naturschutzorganisationen: Erfahrungen aus der Zusammenarbeit), 2002.

© 9 World Wildlife Crime Report: [unodc.org/documents/data-and-analysis/wildlife/World_Wildlife_Crime_Report_2016_final.pdf](https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/wildlife/World_Wildlife_Crime_Report_2016_final.pdf)

konfrontiert. Infolgedessen wächst offenbar die Entwicklung und Anwendung „militarisierter“ Strategien bei Naturschutzaktivitäten, also Vorgehensweisen und Technologien, die ursprünglich durch das Militär entwickelt wurden. Diese werden in immer mehr Regionen institutionalisiert und von Staaten, Umweltschutzorganisationen und Gebern unterstützt.¹⁰ Damit einhergehend findet häufig eine Verschiebung des Schwerpunkts in der Ausbildung von Rangern statt: weg von ganzheitlichen ökologischen Naturschutz-Management-Strategien hin zu einem Fokus auf Aktivitäten zur Wildereibekämpfung.¹¹ Ranger befinden sich folglich in einer schwierigen Situation: Sie können leicht zu Opfern werden,¹² gleichzeitig jedoch auch an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sein.¹³ WWF Deutschland befindet sich in dem Dilemma, dass derartige Ansätze seiner ursprünglichen Zielsetzung entgegen stehen, nämlich an einer Zukunft zu arbeiten, in der Menschen in Einklang mit der Natur leben. Die Arbeit in „militarisierten“ Umgebungen kann zu einer tieferen Verwicklung in Konfliktdynamiken führen, die den Naturschutz gefährden. Beispielsweise können die Ausrüstung und entsprechende Trainings der Ranger zweckentfremdet und gegen Wildtiere und lokale Gemeinschaften gerichtet werden.¹⁴ Die Entwicklung dieser „militarisierten“ Ansätze können daher zu einer negativeren Wahrnehmung der Arbeit der Ranger führen¹⁵ und die Spannungen zwischen ihnen und lokalen Gemeinschaften verschärfen. Die Notwendigkeit, in diesen Regionen mit Partnern (darunter Justiz, Polizei und je nach Lage Militär) zusammenzuarbeiten, die in der Vergangenheit möglicherweise für Menschenrechtsverstöße verantwortlich waren, kann zu einem erheblichen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit führen und dadurch die internationale Unterstützung für Naturschutzbemühungen untergraben. Durch Öffentlichkeitsarbeit wird die Aufmerksamkeit häufig auf die gewaltsame Tötung und Verstümmelung wildlebender Tiere, auf Bedrohungen für Ranger und auf die

© 10 Siehe z. B.: Duffy, R., 2016. War by conservation. *Geoforum* 69, 238–248.; Büscher, B., Fletcher, R., 2018. Under pressure: conceptualising political ecologies of green wars. *Conserv. Soc.* 16 (2), 105–113.; Massé, F. (2019). Anti-poaching's politics of (in) visibility: Representing nature and conservation amidst a poaching crisis. *Geoforum*, 98, 1-14.

© 11 Lunstrum, E., 2014. Green militarization: anti-poaching efforts and the spatial contours of Kruger National Park. *Ann. Assoc. Am. Geogr.* 104 (4), 816–832.

© 12 Life on the Frontline 2018. A global survey of the working conditions of rangers: wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Rangers_Survey_Report-181005.pdf

© 13 Eine Recherche im Norden der Zentralafrikanischen Republik ergab, dass die Bereitstellung von militarisierten Schulungen und von Ausrüstung ein Risiko für Naturschutzorganisationen darstellen kann, da es Fälle gab, in denen die neuen Fähigkeiten und Ausrüstung gegen Tiere und lokale Gemeinschaften gerichtet wurden. Siehe: Lombard, L., 2016. Threat economies and armed conservation in Northeastern Central African Republic. *Geoforum* 69, 218–226.

© 14 Lombard, L., 2016. Threat economies and armed conservation in Northeastern Central African Republic. *Geoforum* 69, 218–226.

© 15 Verweijen, J., Marijnen, E., 2018. The counterinsurgency/conservation nexus: guerrilla livelihoods and the dynamics of conflict and violence in the Virunga National Park, Democratic Republic of the Congo. *J. Peasant Stud.* 45 (2), 300–320.

Notwendigkeit gelenkt, die Natur mit „militarisierten“ Methoden zu schützen, um Unterstützung für dringend benötigte Ressourcen zu erhalten. Die sozialen und gesellschaftlichen Hintergründe, die die Wilderei und die mit ihr einhergehende Gewalt beeinflussen, werden jedoch selten behandelt. Diese Entwicklungen bergen die Gefahr, dass „militarisierte“ Ansätze von Naturschutz als unumgänglich betrachtet werden und dadurch Konflikte in den betroffenen Regionen geschürt werden.

Zusammenfassung der Vorwürfe

Die Vorwürfe beziehen sich auf Schutzgebiete im Kongobecken in Zentralafrika, in Indien und in Nepal, wo der WWF Deutschland an Projekten unterschiedlicher Größe beteiligt ist. Dem WWF wird vorgeworfen, über Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen und sie damit indirekt im Zusammenhang mit seinen Aktivitäten in und um diese Schutzgebiete unterstützt zu haben – insbesondere gegenüber Umsetzungspartnern und Entscheidungsträgern. Insgesamt sind die Vorwürfe sehr schwerwiegend und reichen von Mord, Vergewaltigung und Folter bis hin zu Korruption, Behinderung der Justiz und Waffenhandel. Die meisten dieser Fälle stehen in Zusammenhang mit den Aktivitäten von Rangern, die bei den Naturschutzbemühungen an vorderster Front tätig sind. Durch qualitative Forschungsmethoden (siehe Methodologie – Phase 1) haben wir gemeinsame Muster und Beziehungen zwischen den BuzzFeed News-Vorwürfen in den verschiedenen Schutzgebieten im Kongobecken identifiziert. Diese lassen sich in vier übergreifende Themen einteilen, die die **wesentlichen menschenrechtlichen Risikofelder darstellen:**

- Sicherheitsmanagement
- Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen
- Lokale Gemeinschaften
- Informationsquellen – Umgang mit Informanten

III. Bewertung der menschenrechtlichen Sorgfalt des WWF Deutschland im Rahmen von Projekten zum Schutz wild- lebender Tierarten

Die Bewertung erfolgt gemäß der UNGPs und den entsprechenden fünf Kernelementen menschenrechtlicher Sorgfalt. Der folgende Abschnitt gibt einen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse, die Leitfragen unserer Analyse und eine Beschreibung der aktuellen Praxis beim WWF Deutschland.

1. Selbstverpflichtung durch Sozialstandards und -richtlinien

Kriterien für die Analyse

Die UNGPs verlangen eine Grundsaterklärung zur Achtung der Menschenrechte, die öffentlich verfügbar, von der Geschäftsleitung genehmigt, extern und intern kommuniziert werden, auf die internationalen Menschenrechtsnormen verweisen, die besonderen, also für die Organisation relevanten Menschenrechte erwähnen, menschenrechtliche Sorgfaltsprozesse beschreiben, klare Verantwortlichkeiten zuweisen und die entsprechende Schulung des Personals erwähnen und kontinuierlich weiter entwickelt werden sollte.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Der WWF International hat eine Vielzahl an Sozialstandards und -richtlinien, mit denen er sich im Rahmen seiner Tätigkeiten zur Achtung der Menschenrechte bekennt.
- Alle Sozialstandards und -richtlinien beziehen sich auf internationale Menschenrechtsstandards, mit Ausnahmen, wie z.B. der WWF *Policy on Poverty and Conservation*, in der diese nicht explizit erwähnt sind.
- Die Richtlinien werden von WWF International ausgehend im gesamten WWF-Netzwerk verbreitet. Allerdings findet bisher keine strukturierte Implementierung statt.
- WWF Deutschland erkennt sämtliche Sozialstandards und -richtlinien für sich an.
- Der WWF Deutschland stellt auf seiner offiziellen Website Links zu den diesen Sozialstandards und -richtlinien zur Verfügung. Diese Links sind jedoch nicht leicht zu finden.

- Nicht in allen Sozialstandards und -richtlinien werden Führungsstrukturen und zugewiesene Verantwortlichkeiten erläutert.
- Die Richtlinien beinhalten eine Verpflichtung zur Umsetzung. Die Richtlinien selbst enthalten jedoch keine Ausführungsvorschläge.

- Informationen zu Trainings- und Umsetzungskapazitäten werden nur in wenigen Richtlinien gegeben.
- Der WWF International arbeitet derzeit an der Entwicklung von Schulungen zu Sozialstandards und -richtlinien und deren Integration in den Projektzyklus (von der

Initiierung bis zur Implementierung). Ziel ist es, diese für das gesamte WWF-Netzwerk verpflichtend und praktisch anwendbar zu machen.

In diesem Absatz beschreiben wir die Verflechtungen zwischen WWF International und den Nationalbüros des WWFs, denn Sozialstandards und -richtlinien werden von WWF International zur Umsetzung im gesamten WWF-Netzwerk entwickelt.

Zu den Menschenrechten bekennt sich der WWF International durch den Erlass mehrerer Richtlinien, die das soziale Leitbild des WWF verankern und allesamt öffentlich zugänglich sind. Der WWF International hat keine einheitliche Richtlinie zu Menschenrechten veröffentlicht, die alle in den UNGPs dargelegten Elemente abdeckt; stattdessen hat der WWF International verschiedene Richtlinien und Verpflichtungen verabschiedet, darunter einen Verhaltenskodex, der verschiedene relevante und von den UNGPs geforderte Aspekte abdeckt. Diese gelten für den WWF Deutschland und werden auf der offiziellen deutschen Website erwähnt und verlinkt. Die Links sind jedoch nicht einfach auffindbar.

Im Rahmen seines allgemeinen Bekenntnisses zu den Menschenrechten ist der WWF International einer der Unterzeichner des *Conservation and Human Rights Framework* der *Conservation Initiative on Human Rights*. Darin verpflichtet er sich, die international anerkannten

Menschenrechte zu respektieren und dafür zu sorgen, dass es bei den Projekten des WWFs nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Es gibt weitere Richtlinien zu relevanten Menschenrechtsfragen im Kontext von WWF Aktivitäten, wie z.B. *Indigene Völker und Naturschutz – Grundsatzerklärung des WWFs*, die explizit Bezug auf internationale Menschenrechtsstandards nehmen. Diese Richtlinie wird ergänzt durch die *Guidance on Mainstreaming WWF Principles on Indigenous Peoples and Conservation in Project and Programme Management*, die die Umsetzung der vom WWF abgegebenen Grundsatzerklärung zu indigenen Völkern und Naturschutz im Programm- und Projektzyklus des WWF näher beschreibt. Es gibt *WWF Network Guidelines on the Prevention of Restriction of Rights and Involuntary Relocation and Resettlement of Indigenous Peoples and Local Communities*, die als interne Richtlinie kategorisiert sind und die Umsetzung der WWF-Sozialstandards unterstützen. Sie sind Teil der Umsetzung der *Conservation Initiative on Human Rights*.

Die *WWF Policy on Poverty and Conservation* steht für die Selbstverpflichtung des WWFs, in der Naturschutzarbeit ausgleichende Lösungen für Mensch und Umwelt

zu finden. Innerhalb der Organisation sind Umsetzungsverfahren hierzu vorgesehen. Es gibt außerdem eine Richtlinie zur Gleichstellung der Geschlechter, die *Gender Policy*, die den Schwerpunkt auf die Bedeutung der durchgängigen Berücksichtigung von Gender-Sensibilität in sämtlichen Naturschutzrichtlinien, -programmen und -aktivitäten des WWF einschließlich der internen Personalpolitik, ihrer Verfahren und Steuerungsmechanismen legt.

Der WWF International hat außerdem einen Verhaltenskodex verabschiedet, der den Ethikkodex des WWF einschließt. Gemäß den Anforderungen der UNGPs ist das Vorwort des Verhaltenskodexes vom Präsidenten und Generaldirektor des WWF unterzeichnet worden.

Schulungs- und Umsetzungskapazitäten werden in einigen Richtlinien erwähnt. Wir haben erfahren, dass derzeit Trainings zu Sozialstandards und -richtlinien entwickelt

werden, da die Verankerung dieser Richtlinien vom WWF Netzwerk in der Praxis als schwach und inkonsistent beurteilt werden.

Rechenschaftspflicht und die klare Zuweisung von Verantwortlichkeiten sind nur in einigen Richtlinien ausführlich beschrieben, z.B. in der *WWF Policy on Poverty and Conservation*. Die Sozialstandards und Safeguards werden derzeit von WWF International überarbeitet, was sich auf die zu beurteilenden Standards und Richtlinien auswirken könnte.

2. Verfahren zur Ermittlung tatsächlicher und potenziell nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte

Kriterien für die Analyse

Der Schwerpunkt dieses Abschnitts liegt auf der Beurteilung, ob und inwieweit der WWF Deutschland über Verfahren verfügt, um die potenziell negativen Auswirkungen der WWF-Aktivitäten auf die Menschenrechte im Rahmen von Projekten zum Schutz wildlebender Tiere in Schutzgebieten zu ermitteln, zu verhindern und zu mindern.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Der WWF Deutschland verfügt über einen strukturierten Prozess der Projektentwicklung, -planung und -implementierung, wie im Projekt-handbuch WWF Deutschland beschrieben. Dieser Prozess scheint hauptsächlich für öffentlich finanzierte Projekte zu gelten.
- Risikobewertung und Risikomanagement sind Teil des Projektmanagements.
- Menschenrechtsaspekte sind im Verlauf des Projektzyklus unzureichend integriert – nur ein allgemeiner Abschnitt im Qualitäts- und Risikomanagement- (QuR)-Tool.
- Es ist unklar, ob bei der Bewertung von Menschenrechtsrisiken die Perspektive von Rechteinhaber:innen berücksichtigt wird.
- Menschenrechtsaspekte werden in internen Projektbesprechungen nicht umfassend behandelt.
- Auslöser für eine strukturierte Berücksichtigung von Menschenrechts-Aspekten scheinen die Safeguards-Anforderungen öffentlicher Mittelgeber zu sein.
- Die Safeguards-Arbeitsgruppe des WWF Deutschland arbeitet derzeit im Rahmen eines strukturier-
- ten Projekt- und Zeitplans an einer Überprüfung der Safeguards-Prozesse.
- Auf internationaler Ebene werden derzeit die Safeguards im Bereich Umwelt und Soziales überprüft, angepasst und für eine Einführung im gesamten WWF Netzwerk vorbereitet; diese Überprüfung wird aktuell mit der deutschen Safeguards-Arbeitsgruppe abgestimmt.

Der WWF Deutschland verfügt über einen strukturierten Prozess zu Initiierung, Planung, Durchführung und Monitoring von Projekten in Schutzgebieten, der im Projekt-handbuch des WWF Deutschland dargelegt ist. Dieser Prozess gilt für Naturschutzprojekte in Nationalparks und beruht auf den WWF Network's *Standards of Conservation Project and Programme Management Standards* (WWF PPMS) (auch bekannt als PPMS, Programmstandards oder einfach WWF Standards) und den Operational Network Standards (WWF ONS). Die *Open Standards for the Practice of Conservation des Conservation Measures Partnership* (CMP) bilden die Grundlage für das WWF PPMS.

Dieser Prozess gilt für Projekte mit öffentlicher Förderung. Nach Aussage der Befragten könnte ein ähnlicher Prozess für Projekte mit WWF-Eigenmitteln entwickelt werden.

Basierend auf den in den WWF PPMS dargelegten internationalen Standards besteht der Prozess des WWF Deutschland aus sechs Phasen, von denen wir im Rahmen unserer Beurteilung folgende als relevant erachtet haben:

- In der Initiierungsphase wird die sogenannte Entscheidungsvorlage ausgefüllt; Menschenrechtsaspekte finden keine Berücksichtigung. Nach Aussagen von

Beteiligten scheinen zwar Diskussionen zum Thema stattzufinden, sie sind jedoch informeller Art und nicht strukturiert.

- Phase 3 (Projektentwicklung und Antragstellung) beinhaltet:

→ WWF-interne Qualitätsanforderung: Unter Verwendung des Risikomanagement (QuR)-Tool wird analysiert, welche allgemeinen Risikofaktoren für das Projekt existieren und wie diese angegangen werden können – Risiko-Minderungsstrategien werden entwickelt.

→ Das Risikomanagement (QuR)-Tool berücksichtigt menschenrechtsrelevante Aspekte. In einem Abschnitt müssen die Risiken in Bezug auf Safeguards im Sozial- und Umweltbereich beschrieben werden, z.B. Arbeitsbedingungen, Gesundheit & Sicherheit, Landerwerb und Zwangsumsiedlung, indigene oder marginalisierte Gruppen, Recht auf Bildung oder Recht auf Nahrung. Das QuR-Tool wird vom Projektleiter (PL) eines Projekts ausgefüllt. Unklar ist, wie die verschiedenen Elemente dieses Abschnitts behandelt und bewertet werden.

- Gemäß der Erkenntnisse aus den Interviews mit WWF-Mitarbeiter:innen informiert der/die Projektleiter:in (PL) den Bereich Monitoring und Evaluierung in Meetings über die Projektziele und Risikoüberlegungen – eine ausführliche Diskussion zum Thema Menschenrechte scheint in der Regel nicht stattzufinden. Es besteht der Eindruck, dass Menschenrechtsaspekte wenig Beachtung finden und es keinen Mechanismus zur Überprüfung der im Risikobewertungs-Tool bereitgestellten Informationen und kein Follow-Up zu diesem Thema gibt.
- Bei Projekten mit öffentlichen Mittelgebern können weitere externe Anforderungen greifen, z.B. durch den Einsatz spezifischer Safeguards.
- In Phase 5 (Projektimplementierung) ist das Management von Risiken vorgesehen:
 - Der/die Projektleiter:in übernimmt die Zusammenfassung aus dem QuR-Tool. Die in Phase 3 entwickelten Risiko-Minderungsstrategien werden aktualisiert und im Risikoregister dokumentiert.
 - Während der Projektimplementierung wird das Risikoregister kontinuierlich ergänzt, nicht relevante Risiken werden eliminiert und Risiko-Minderungsmaßnahmen

dokumentiert. Die Verantwortung für die Führung des Risikoregisters liegt bei der/ dem Projektleiter:in. Die Maßnahmen variieren je nach Risikograd.

→ Regelmäßige Berichterstattung und Kommunikation sind vorgesehen; die Gespräche mit internen Stakeholdern haben jedoch ergeben, dass die interne Berichterstattung unstrukturiert sei und oftmals nur mündlich erfolge.

Darüber hinaus existieren praktische Leitfäden (derzeit in Überarbeitung) für die konsequente Umsetzung der WWF-Grundsätze zu indigenen Völkern und Naturschutz im Programm- und Projektmanagement, die mit den Schritten des WWF PPMS verbunden sind. Diese umfassen Anforderungen zum Einsatz von Safeguards. Um festzustellen, ob die Leitfäden gelten oder nicht, wird im Vorfeld geprüft, ob es relevante Anliegen und Bedenken aus der indigenen Bevölkerung bezüglich eines Projekts geben könnte. Falls ja, gelten die Leitfäden. In gleicher Weise erfordert die *Prevention of Restriction of Rights + Involuntary Relocation and Resettlement of Indigenous Peoples and Local Communities (IPLCs)* eine Vorabevaluation der sozialen Auswirkungen und Risiken, an denen der WWF potenziell beteiligt ist. Ebenso gibt es Leitlinien zur Integration von Gender und Vielfalt in das Programm- und Projektmanagement, die ebenfalls mit den im WWF PPMS dargestellten Schritten verbunden sind.

Unsere Gespräche mit internen Stakeholdern deuten darauf hin, dass eine angemessene Integration solcher Schutzvorkehrungen in die laufenden Prozesse des WWF Deutschland nicht stattfindet. Aus Interviews geht zum Beispiel hervor, dass einige Mitarbeiter:innen die Sozialstandards und -richtlinien nicht kennen und/oder sich der praktischen Nutzung oder Integration in aktuelle Prozesse nicht bewusst sind. Menschenrechtsfragen scheinen nicht strukturiert und umfassend behandelt zu werden. Abhängig von den Anforderungen öffentlicher Mittelgeber können spezifische Sozialstandards in Projekten Anwendung finden.

Die Safeguards-Arbeitsgruppe des WWF Deutschland führt derzeit eine Überprüfung der Safeguards durch. Die Arbeitsgruppe wurde im März 2018 gegründet. Die Gruppe ist sichtlich motiviert, dieses Thema weiter voranzutreiben. Die Anwendung von Sozialstandards und Safeguards ist bisher für die Nationalbüros nicht rechtlich verbindlich. Jedoch verpflichten sie sich, die Standards von WWF International gemäß der Markenlizenzierungsvereinbarung einzuhalten. Nach Aussage der Befragten sollten Sozialstandards eine hohe Priorität haben, werden jedoch bisher nicht ausreichend in der Projektarbeit berücksichtigt.

Parallel dazu überprüft und überarbeitet der WWF International derzeit das *WWF Network Social and Environ-*

mental Safeguards System. Ziel ist die Weiterentwicklung des globalen Rahmens, der im Einklang mit internationalen Standards, wie denen der Weltbank und der Weltnaturschutzunion (IUCN) stehen soll. Gleichzeitig sollen fundierte Methoden zur Harmonisierung der Praxis im gesamten WWF-Netzwerk und den entsprechenden Projekten erarbeitet werden. Die Informationen aus unseren Interviews deuten darauf hin, dass der geplante Ansatz eine Reihe von Ausschlussverfahren in Betracht ziehen wird, um Bereiche zu definieren, in denen Schutzvorkehrungen automatisch (unabhängig von der Größe und Fördersumme) gelten müssen, z.B. für riskante Operationen oder für Projekte in Konfliktgebieten. Schließlich wird auch die weitere Stärkung der Beschwerdemechanismen nicht nur auf lokaler, sondern auch auf internationaler Ebene durch die Einsetzung eines Ombudsmannes in Erwägung gezogen. Diskussionsrunden hierzu finden in den Nationalbüros, darunter auch in Deutschland, statt.

3. Maßnahmen zur Abwendung (potenziell) negativer Auswirkungen auf die Menschenrechte

In diesem Bereich haben wir untersucht, ob Maßnahmen (z.B. Schulungen, Managementprozesse) zur Vermeidung oder Eindämmung nachteiliger Auswirkungen auf die Menschenrechte in die laufenden Prozesse des WWF Deutschland integriert sind. Im Rahmen unserer Analyse haben wir die folgenden wesentlichen menschenrechtlichen Risikofelder identifiziert, die sich aus den Vorwürfen von BuzzFeed News ergeben:

- **Sicherheitsmanagement**
- **Lokale Gemeinschaften**
- **Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen**
- **Informationsquellen – Umgang mit Informanten**

Die Darstellung der Ergebnisse ist nach den menschenrechtlichen Risikofeldern gegliedert.

Kriterien für die Analyse

In dieser Phase der Bewertung lag besonderes Augenmerk auf den Sicherheitsvorkehrungen. Wir haben geprüft, ob Risikobewertungen im Kontext von Sicherheitsvorkehrungen und -konzepten durchgeführt werden. Wir haben untersucht, ob angemessene Maßnahmen ergriffen werden, ob die Bewertung und Maßnahmen regelmäßig überprüft werden und ob Sicherheitsvorfälle und Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen untersucht werden.

Darüber hinaus haben wir uns mit dem Ansatz des WWF Deutschland bei der Zusammenarbeit mit öffentlichen Sicherheitskräften beschäftigt, z.B. durch die Unterstützung staatlicher Behörden bei der Durchführung angemessener Menschenrechtsschulungen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Der WWF Deutschland ist sich der Sicherheitsrisiken bewusst, insbesondere der Risiken im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Wilderei.
- Der WWF Deutschland zeigt ein Bewusstsein für die Risiken von Gewalttaten gegen Ranger sowie ein Bewusstsein für das Risiko von Menschenrechtsverletzungen im Kongobecken durch Ranger. Dies gilt auch für Situationen, in denen die Rechte von Verdächtigen bei Anti-Wilderei-Maßnahmen und die Rechte der lokalen Gemeinschaften, einschließlich der Rechte indigener Völker, nicht geachtet werden.
- Der WWF International hat in Zusammenarbeit mit TRAFFIC ein „Zero Poaching Framework/Toolkit“ entwickelt.
- Bei WWF Deutschland konnten wir entlang des Projektzyklus keinen vorgegebenen Rahmen für die Risikobewertung und für Monitoring-

Verfahren bzgl. Sicherheitsvereinbarungen identifizieren.

- Der WWF Deutschland arbeitet derzeit mit den jeweiligen Länderbüros an der Entwicklung von neuen und der Verbesserung von bestehenden Beschwerdemechanismen, mit denen Menschenrechtsverletzungen, auch im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen, gemeldet werden können.
- Die Ranger werden im Allgemeinen mit der Durchsetzung von Rechtsvorschriften beauftragt und von den jeweiligen Staaten geschult und angestellt. Der WWF Deutschland und die entsprechenden Länderbüros unterstützen diese Aktivitäten auf unterschiedliche Weise, abhängig von der spezifischen Situation.
- Der WWF und das Congolese Institute for Nature Preservation (ICCN) haben proaktiv gemeinsame Untersuchungen eingeleitet, um frühere und aktuelle Fälle zu

ermitteln, in denen Ranger wegen Machtmissbrauchs verurteilt wurden, aber nach wie vor im Einsatz sind. Weitere Untersuchungen fanden Anfang 2019 zusammen mit der KfW-Bank statt; der entsprechende Bericht befindet sich derzeit in der Abstimmungsphase.

- Es gibt weitere Untersuchungen im Zusammenhang mit Machtmissbrauch von Rangern in Lobéké, z.B. „Conflicts, participation and co-management in protected areas. A case study of Lobéké National Park, Cameroon“, durchgeführt vom Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) mit Unterstützung der KfW-Bank. Laut Aussage von Interviewpartner:innen hätten der WWF Kamerun und der WWF Deutschland bei logistischen Fragen unterstützt und die relevanten Hintergrunddokumente in voller Transparenz zugänglich gemacht. Eine Zusammenfassung der Erkenntnisse wurde im März 2019

veröffentlicht; der vollständige Bericht ist noch nicht öffentlich zugänglich.

- Der WWF Deutschland hat in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Länderbüros Maßnahmen ergriffen, um den Schulungsbedarf im Bereich Menschenrechte zu adressieren, einschließlich der Entwicklung von Verhaltenskodizes und Schulungshandbüchern für Ranger sowie Leumundsprüfungen bei der Einstellung neuer Ranger.
- Die Mittel des WWF Deutschland können für den Kauf von Ausrüstung für die Ranger verwendet werden. Die Verantwortung für die Bereitstellung von Ausrüstung für Ranger ist zum Teil in den Absichtserklärungen (MoUs) festgelegt. Wir haben keine klaren Richtlinien und Verfahren für die Bereitstellung von Ausrüstung für Ranger identifiziert.

Kriterien für die Analyse

Im Zusammenhang mit Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften haben wir untersucht, ob der WWF Deutschland über Richtlinien und Verfahren für die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften verfügt, einschließlich der Abstimmung mit möglicherweise betroffenen Gemeinschaften und Einzelpersonen im Rahmen des Ansatzes der freien, frühzeitigen und informierten Zustimmung (free, prior and informed consent, FPIC).

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Der WWF International hat praktische Richtlinien (derzeit in Überarbeitung) für die durchgängige Umsetzung der Erklärung der WWF-Grundsätze zu indigenen Völkern und Naturschutz im Programm- und Projektmanagement herausgegeben, die mit den Schritten des WWF PPMS verbunden sind. Diese Leitlinien sehen Modalitäten einer Zusammenarbeit mit indigenen Gemeinschaften vor, darunter die Sicherstellung der freien, frühzeitigen und informierten Zustimmung (FPIC).
- Aussagen in den Interviews deuten darauf hin, dass FPIC beim Aufsetzen neuer Projekte durchgeführt wird. Vorgaben zur Umsetzung scheinen jedoch nicht genau definiert.
- Der WWF Deutschland hat Aktivitäten zur Einbeziehung lokaler Gemeinschaften durchgeführt, z.B. die Förderung der Unterzeichnung einer Absichtserklärung (MoU) zwischen dem Volk der Baka und dem kamerunischen Forstministerium (MINFOF) im Hinblick auf Zugang zu Schutzgebieten im Südosten Kameruns.

Kriterien für die Analyse

Für diesen Abschnitt haben wir untersucht, ob Kooperationsmodelle mit Regierungen formell vereinbart und dokumentiert werden, sowie ob und inwieweit diese Dokumente Erwartungen an die Achtung von Menschenrechten enthalten. Schließlich haben wir geprüft, ob eine Risikobewertung zur Identifizierung von menschenrechtlichen Risikobereichen und zur Definition einer wirksamen (und strukturierten) Vorgehensweise in der Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen stattfindet.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Der WWF Deutschland ist bei seiner Arbeit in Schutzgebieten auf staatliche Stellen angewiesen.
- WWF International arbeitet über die jeweiligen Länderbüros mit der zuständigen staatlichen Behörde im Rahmen der Verabschiedung einer Absichtserklärung (MoU) zusammen. Die Vereinbarung definiert die Beziehungen zwischen
- den beiden Parteien in Bezug auf Governance, einschließlich Rollen und Verantwortung, Management und Finanzierung.
- Wir haben verschiedene Menschenrechtsaspekte identifiziert, z.B. im Rahmen von Personalschulungen in der Zentralafrikanischen Republik. Allerdings konnten wir keine strukturierte Vorgehensweise ermitteln, um die Erwartungen
- bzgl. der Achtung von Menschenrechten gegenüber staatlichen Stellen zu kommunizieren.
- Einige Aspekte, die das Thema Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen betreffen, werden bei der Entwicklung neuer Projekte im Rahmen der Risikobewertung einbezogen, z.B. politischer Kontext und Erläuterungen zu politischen Partnern vor Ort.

Kriterien für die Analyse

Der Bericht „Tools and Resources to Combat Illegal Wildlife Trade“,¹⁶ der von der Weltbank in Zusammenarbeit mit dem WWF und anderen Partnern erstellt wurde, benennt den Umgang mit Informanten als wichtiges Tool für komplexe Ermittlungen im Kampf gegen den illegalen Handel mit Wildtieren.

Angesichts der menschenrechtlichen Risiken, die mit diesen Aktivitäten einhergehen, sind jedoch Präventivmaßnahmen zu treffen. Wir haben erstens untersucht, ob klare Leitlinien zum Umgang mit Informanten vorhanden sind und inwiefern deren Einhaltung überprüft wird, zweitens, ob vor dem Einsatz von Informanten Risikoeinschätzungen durchgeführt werden (z.B. Risiken von persönlichen Treffen, Risiken von Vergeltungsaktionen durch Kriminelle sowie Gewalt), drittens, ob Maßnahmen zur Geheimhaltung der Identität von Informanten ergriffen werden (z.B. Datensicherheit).

¹⁶ Tools and Resources to Combat Illegal Wildlife Trade (2018): pubdocs.worldbank.org/en/389851519769693304/24691-Wildlife-Law-Enforcement-002.pdf

- Das Einholen freiwilliger Hinweise von Anwohner:innen ist Teil der Netzwerk-Strategie des WWF im Kampf gegen Wilderei.
- Wie mit diesen Informationen umgegangen wird, ist je nach Region unterschiedlich. Die Methoden hängen von spezifischen lokalen Gegebenheiten ab: In einigen Ländern finanziert der WWF Meldestellen und -hotlines bzw. sammelt proaktiv Informationen und pflegt Kontakte zu Informanten, die gegebenenfalls auch Vergütungen erhalten.
- Der WWF International hat drei Entwürfe verfasst, die als Leitlinien zum Informationsmanagement und dem Umgang mit Informanten dienen sollen („*Managing Information Sources*“, „*Guidance for Providing Support to Law Enforcement – Guidelines for Managing Informants*“ und „*Guidance for Providing Support to Law Enforcement – Guidelines for Information Management*“). Diese Entwürfe befinden sich noch im Freigabeverfahren und sind daher noch nicht Teil der offiziellen Richtlinien und Verfahren von WWF Deutschland.
- Der WWF International ist sich darüber bewusst, dass Aktivitäten, die Informanten betreffen, mit Risiken verbunden sind und daher ein Bedarf an entsprechenden Richtlinien besteht. In den Richtlinienentwürfen werden u.a. folgende Maßnahmen zum Risikomanagement vorgeschlagen:
 - Den Einsatz von Informanten erst dann in Betracht zu ziehen, wenn entschieden wurde, dass keine andere Möglichkeit der Informationsgewinnung die gewünschten Ergebnisse liefern kann und entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden;
 - Die Identität von Informanten durch geeignete Verfahren und Maßnahmen zur Datensicherheit zu schützen;
 - Die Risiken von Treffen mit Informanten im Vorfeld einzuschätzen und einzugrenzen;
 - Bei Zusammenarbeit mit externen Partnern eine Bewertung menschentlicher Risiken durchzuführen.

4. Berichterstattung

Kriterien für die Analyse

Gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte geben wir in diesem Abschnitt unsere Einschätzung zu den folgenden Fragen: Ist die Berichterstattung des WWF Deutschland zu potenziellen und tatsächlichen Auswirkungen auf die Menschenrechte ausreichend? Fällt die Arbeit des WWF Deutschland in einen Risikobereich und erstattet die Organisation in diesem Fall regelmäßig öffentlich Bericht? Nutzt der WWF Deutschland ein bereits bestehendes Format für die Kommunikation von Menschenrechtsfragen? Gibt es ein unabhängiges Format für die Berichterstattung zu menschenrechtlichen Themen?

In diesem Abschnitt wurden ausschließlich öffentlich verfügbare Informationen berücksichtigt.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Der WWF Deutschland berichtet zu ausgewählten menschenrechtlichen Themen, insbesondere zum positiven Fortschritt bei der Arbeit mit indigenen Gemeinschaften und zu den gefährlichen Arbeitsbedingungen von Rangern.
- Die Auswertung der vorliegenden Informationen legt den Schluss nahe, dass der WWF Deutschland mit seiner Berichterstattung zu menschenrechtlichen Herausforderungen vor allem auf externe Stakeholder reagiert, bisher dabei jedoch weder systematisch noch einheitlich vorgeht.

Aktuelle Richtlinien und Prozesse beim WWF Deutschland

Der WWF Deutschland arbeitet mit indigenen Gemeinschaften zusammen, um deren Rechte zu schützen und sie in Naturschutzprojekte einzubeziehen. Dies ist auch auf der Website von WWF Deutschland zu lesen. Dort finden sich Informationen zum Fortschritt der verschiedenen Projekte und ihren positiven Ergebnissen. Auch in seinem Jahresbericht¹⁷ beschreibt der WWF Deutschland die Arbeit mit indigenen Gemeinschaften.

Unsere Auswertung legt den Schluss nahe, dass der WWF Deutschland über mögliche negative Auswirkungen seiner Aktivitäten auf die Menschenrechte als Reaktion auf externe Stakeholder berichtet. 2017 (sowie bereits zuvor) erhob die NGO Survival International (SI) Vorwürfe gegen Ranger, die in und um Schutzgebiete im Südosten Kameruns Menschenrechtsverletzungen gegen die indigenen Baka verübt haben sollen. Der WWF Deutschland unterstützt Projekte in diesem Gebiet und hat auf seiner Website Einzelheiten zu diesen Vorfällen sowie den Abschlussbericht des OECD-Mediationsverfahrens veröffentlicht.¹⁸

Der WWF Deutschland ist in zahlreichen Ländern aktiv, darunter auch in von Konflikten betroffenen Gebieten. Auf der Webseite des WWF Deutschland finden sich Artikel bzw. Pressemeldungen zu den Herausforderungen, die mit der Arbeit in risikoreichen Ländern einhergehen, so

z.B. die Zusammenarbeit mit nichtdemokratischen Regierungen und die gefährvollen Arbeitsbedingungen der Ranger. Es gibt jedoch keine systematische und strukturierte öffentliche Berichterstattung.

Aktuell gibt es kein klar abgegrenztes Format, in dem der WWF Deutschland regelmäßig über menschenrechtliche Themen informiert.

¹⁷ WWF zum OECD-Mediationsprozess (2017): wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/oecd-mediationsprozess/

¹⁸ Über die Vereinbarkeit von Menschenrechten und Naturschutz: wwf.de/themen-projekte/menschen-und-naturschutz/

5. Beschwerdemechanismen

Kriterien für die Analyse

Für diesen Abschnitt haben wir untersucht, ob der WWF Deutschland einen Beitrag zur wirksamen Einrichtung von Beschwerdemechanismen auf Projektebene leistet. Dabei wurde erörtert, ob der Mechanismus darauf ausgelegt ist, ein für die Betroffenen zugängliches Verfahren zu bieten, ob Beschwerden auch anonym eingereicht werden können, ob das Verfahren transparent ist und ob der Beschwerdemechanismus regelmäßig überprüft wird.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Der WWF International sieht vor, dass der *WWF Network Project Complaints Resolution Process* im gesamten WWF-Netzwerk eingeführt wird.
- 2016 wurde damit begonnen, diese Richtlinie umzusetzen. Die Umsetzung ist bisher noch nicht abgeschlossen.
- Das Design des noch nicht funktionsfähigen Beschwerdemechanismus in Salonga und die Einrichtung des Menschenrechtszentrums in Dzanga Sangha weisen Elemente bewährter Praktiken im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte auf.
- Eine große Herausforderung besteht darin, Zuständigkeiten zuzuweisen, wenn die Rechtsdurchsetzung durch die Behörden nicht garantiert ist. Aktuell gibt es keinen Aktionsplan, der vorschreibt, wie mit Beschwerden umzugehen ist, die Strafverfolgungsmaßnahmen erforderlich machen.

Aktuelle Richtlinien und Prozesse beim WWF Deutschland

2016 hat der WWF International einen Beschwerdemechanismus für Projekte des WWF-Netzwerks eingeführt (*WWF Network Project Complaints Resolution Process*), in dem ein zügiges, effektives Vorgehen zur Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden festgelegt ist. In einem Leitfaden, der gemeinsam mit dem Team von *Social Development for Conservation (SD4C)* entwickelt wurde, legt der WWF International außerdem dar, wie dieser Beschwerdemechanismus von Länderbüros eingerichtet und umgesetzt werden kann. Der WWF Deutschland beteiligt sich am Aufbau und an der Optimierung projektbezogener Beschwerdemechanismen in Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik.

Der Beauftragte für Projektbeschwerden beim WWF International (*WWF International Project Complaints Officer*) hat die Aufgabe, die Sozialstandards und Beschwerdemechanismen in den unterschiedlichen Regionen zu vereinheitlichen. Aufsichtsführend für den WWF-Beschwerdemechanismus (*WWF Complaints Resolution Process*) ist das Büro des Generaldirektors des WWF International.

Beschwerden von betroffenen Personen oder Gruppen können direkt an den WWF International bzw. die entsprechenden landesspezifischen Beschwerdemechanismen des WWF gerichtet werden.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden durch eine Dokumentenprüfung folgende Elemente in den verschiedenen Beschwerdemechanismen vor Ort ermittelt:

- Der Beschwerdemechanismus in Kamerun (*Cameroon Complaints Resolution Process*) gibt ein gutes Beispiel für einen leichten und breitestmöglichen Zugang: Er umfasst eine Telefonhotline ebenso wie zahlreiche Kontaktpunkte und bietet Menschen mit geringer bzw. ohne Alphabetisierung die Möglichkeit, eine Vertrauensperson zu kontaktieren. Die lokale NGO CEFAID, die das Volk der Baka vertritt, bearbeitet die Beschwerden und leitet sie an den WWF International weiter. In der Zentralafrikanischen Republik werden Beschwerden durch das eigens zu diesem Zweck eingerichtete Menschenrechtszentrum (*Human Rights Centre*) entgegengenommen.
- Grundsätzlich kann die Anonymität für Beschwerdeführer:innen nicht gewährleistet werden. Dennoch ist größtmögliche Vertraulichkeit gesichert. Der *Cameroon Complaints Resolution Process* erwähnt ausdrücklich, dass bei Beschwerden von Einzelpersonen Anonymität gewährleistet werden kann. Betroffene Parteien (Gruppen, Gemeinschaften) können außerdem einen Vertreter ernennen, der in ihrem Namen die Beschwerde eingibt.

- Der Kameruner Beschwerdemechanismus definiert nicht, welche Arten von Beschwerden berechtigt sind. Im Gegensatz dazu sind im bisher noch nicht funktionsfähigen Mechanismus in Salonga die unterschiedlichen Arten von zulässigen Beschwerden klar definiert und das Vorgehen richtet sich nach dem Schweregrad. Beschwerden niedrigen oder mittleren Grades sollen durch einen Mediations- bzw. Verhandlungsprozess beigelegt werden, um eine gemeinsame, friedliche Lösung zwischen den Konfliktparteien zu erreichen. Beschwerden, in denen es um schwere Rechtsbrüche wie z.B. Missbrauch und Gewaltanwendung geht, haben einen höheren Schweregrad und erfordern ein gerichtliches Verfahren. Es ist vorgesehen, diese Beschwerdefälle an die entsprechenden staatlichen Behörden zu übergeben.
- Für den Beschwerdemechanismus in Salonga ist vorgesehen, dass Beschwerdeführer:innen eine Eingangsbestätigung erhalten, die den weiteren Verlauf des Prozesses klar und verständlich erklärt.
- Die Umsetzung der Projektbeschwerdemechanismen befindet sich noch in der Anfangsphase. Daher gab es bisher keine regelmäßige Überprüfung. In Interviews wurde erwähnt, dass derzeit eine Evaluierung in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum in der Zentralafrikanischen Republik durchgeführt wird.

Empfehlungen

Ein erster wichtiger Schritt zur Erfüllung der menschenrechtlichen Sorgfaltpflicht besteht darin, aktuelle Prozesse und Praktiken aus der Menschenrechtsperspektive zu beurteilen. Der WWF Deutschland bekennt sich zu seiner Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte. Die folgenden Empfehlungen sollen dem WWF Deutschland dabei helfen, die Achtung der Menschenrechte in die Organisation und ihre Naturschutzaktivitäten besser zu integrieren. Im Rahmen von Naturschutzprojekten müssen auch Menschenrechte offen diskutiert werden. Ein nachhaltiger Ansatz im Naturschutz erfordert, dass die Projekte des WWF mit den Interessen und Rechten der Menschen, die in und um die Schutzgebiete leben, in Einklang gebracht werden.

Wir empfehlen dem WWF Deutschland, sowohl intern als auch nach außen unmissverständlich deutlich zu machen, dass Menschenrechte immer an erster Stelle stehen.

Weiterhin empfehlen wir dem WWF Deutschland, in Bezug auf das Thema Menschenrechte eine Führungsrolle innerhalb des WWF-Netzwerks zu übernehmen.

Die Achtung der Menschenrechte in der Organisationskultur des WWF Deutschland verankern

Um die Achtung der Menschenrechte organisationsweit zu verankern, ist es zunächst wichtig, das Bewusstsein für das Thema auszubauen. Es gilt, ein gemeinsames Verständnis aller Mitarbeiter:innen darüber zu entwickeln, was Menschenrechte konkret bedeuten und welche Auswirkungen die Arbeit des WWF auf Menschenrechte haben kann.

Wir empfehlen die aktive Kommunikation der bestehenden Sozialstandards und -richtlinien und eine leichte Zugänglichkeit über die vorhandenen (internen) Kanäle.

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Integration der Menschenrechte in die tägliche Arbeit ist die Entwicklung und Durchführung entsprechender Schulungen. Der WWF International entwickelt derzeit Schulungen zu Sozialstandards im Projektzyklus. Dies ist eine gute Möglichkeit, Menschenrechte stärker zu verankern. Wir empfehlen dem WWF Deutschland daher, dieser Entwicklung zu folgen und dafür zu sorgen, dass alle Mitarbeiter:innen an den Schulungen teilnehmen, insbesondere diejenigen, die an der Entwicklung und Durchführung von Naturschutzprojekten beteiligt sind.

Wichtig ist außerdem, dass sich die Führungsebene weiterhin für das Thema Menschenrechte engagiert und seine Bedeutung für die gesamte Organisation hervorhebt. Das Thema Menschenrechte sollte bei Treffen auf Führungsebene regelmäßiger behandelt werden.

Eine wirksame Steuerung zum Thema Menschenrechte aufbauen

Der WWF Deutschland sollte in Betracht ziehen, eine Abteilung zu bestimmen oder zu gründen, die die weitere Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltsprozesse steuert. Alternativ bzw. zusätzlich empfehlen wir die Einrichtung eines funktionsübergreifenden Menschenrechtskomitees. Dieses Gremium sollte regelmäßig zusammenkommen, um die Diskussion zum Thema Menschenrechte voranzutreiben und die neusten Entwicklungen, den aktuellen Stand der Umsetzung, neue Erkenntnisse sowie aktuelle Herausforderungen etc. einzubeziehen.

Darüber hinaus empfehlen wir, die Synergien zwischen dem WWF International und dem WWF Deutschland im Rahmen der Überprüfung und Überarbeitung von Sozialstandards und Safeguards zu verstärken. Aktuell gibt es zwei parallellaufende Überarbeitungsprozesse. Hier ist ein aktiver Austausch geboten, um Doppelarbeit zu vermeiden und die Praktiken zu Safeguards zu vereinheitlichen. Ein Treffen zwischen WWF International und WWF Deutschland hierzu hat bereits stattgefunden.

Aufbau eines tragfähigen Menschenrechtsansatzes innerhalb des Projektzyklus sowie darüber hinaus

Menschenrechte in Design, Planung und Monitoring von Naturschutzprojekten integrieren

Sozialstandards und Safeguards sollten nicht als zusätzliche Elemente, sondern als integraler Bestandteil eines jeden Projekts betrachtet werden. Dabei sollte das aktuelle Verfahren zur Überarbeitung von Safeguards durch WWF International berücksichtigt werden.

Wir empfehlen dem WWF Deutschland, Menschenrechte stärker im Projektzyklus zu verankern, insbesondere in den folgenden Bereichen:

- Im Anfangsstadium, besonders bei der so genannten Entscheidungsvorlage, sollten mögliche Auswirkungen auf die Menschenrechte berücksichtigt werden.
- Überlegungen zu Menschenrechten sollten Bestandteil eines jeden Projektvorschlags sein, nicht nur von denen, die von öffentlichen Geldgebern angefordert werden. Hierzu bedarf es der Erarbeitung einer einheitlichen Vorgehensweise.
- Budgetvorschläge sollten auch die zu erwartenden Kosten enthalten, die mit der Ermittlung und Behandlung von menschenrechtlichen Risiken einhergehen (z. B. erwartete Kosten für FPIC-Verfahren oder für die Einrichtung von Beschwerdemechanismen).
- Der WWF Deutschland sollte Geldgebern gegenüber deutlich machen, welche Ressourcen benötigt werden, um Maßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen durchzuführen.

- Der Bereich „environmental and social safeguards“ in der Risikobewertung (QuR-Tool) sollte weiterentwickelt werden. Die Perspektive der Rechteinhaber:innen sollte gestärkt werden (z. B. Stakeholder-Mapping) und eine länderspezifische Perspektive eingenommen werden.
 - Die wichtigsten menschenrechtlichen Risikofelder, die im Rahmen unserer Untersuchung identifiziert wurden, sollten besonders berücksichtigt werden. Auf Grundlage bestehender internationaler Standards wie z. B. den Voluntary Principles on Security and Human Rights sollten hierzu entsprechende Indikatoren entwickelt werden.
 - Bei Projekten mit hohem und mittleren Risikoprofil ist zu überlegen, ob Indikatoren für eine weitergehende Beurteilung integriert werden können, z. B. das *self-assessment tool for conflict-affected settings* der Organisation International Alert.
- Die interne Berichterstattung zu Menschenrechtsaspekten sollte standardisiert erfolgen und neutral, verantwortlich und transparent sein. Alle Mitarbeiter:innen, die am Projektzyklus beteiligt sind, sollten an der internen Berichterstattung beteiligt werden. Dies erleichtert es dem WWF Deutschland, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte frühzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Eine einheitliche Herangehensweise entwickeln und so sicherstellen, dass bei Naturschutzprojekten die wichtigsten menschenrechtlichen Risikofelder berücksichtigt werden

Der WWF Deutschland hat verschiedene, alleinstehende, Maßnahmen im Zusammenhang mit Projekten in Schutzgebieten eingeführt. Hierzu zählen Menschenrechtsschulungen und Verhaltensrichtlinien für Ranger sowie Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen. Wir empfehlen dem WWF Deutschland, bei der Einführung von Maßnahmen zu den menschenrechtlichen Risikofeldern strukturierter vorzugehen, also einheitliche Praktiken zu entwickeln. Beispiele:

- Sicherstellen, dass nach Feldforschung und beauftragten Untersuchungen angemessene Folgemaßnahmen und Schritte zur Risikominimierung ergriffen und kommuniziert werden.

→ Die Länderbüros dazu anregen und dabei unterstützen, Erwartun-

gen hinsichtlich der Achtung von Menschenrechten in Vereinbarungen mit Regierungen aktiv zu kommunizieren.

→ Für Ranger: Forderung verpflichtender Leumundsprüfungen als Teil des Einstellungsverfahrens, Menschenrechtsschulungen, Verhaltensrichtlinien, Standards für die Bereitstellung von Ausrüstung und die Leistung von Bonuszahlungen etc.

→ Anwendung von FPIC-Verfahren bei allen Projekten, die indigene Gemeinschaften betreffen.

→ Eine klare öffentliche Positionierung zum Umgang mit Informanten formulieren

Durchführung von Human Rights Impact Assessments (HRIA) in ausgewählten Ländern und Projekten

Regelmäßige Bewertungen der menschenrechtlichen Auswirkungen von Geschäftstätigkeiten und -aktivitäten sind ein wichtiges Element menschenrechtlicher Sorgfalt. Diese Bewertungen sollten sich am Anfang auf Länder und Bereiche mit hohen menschenrechtlichen Risiken konzentrieren (ausgehend von der vorliegenden Analyse insbesondere Sicherheitsmanagement und Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften).

Zu den wesentlichen Aspekten gehört dabei die Einbeziehung von Rechteinhaber:innen. Die Erkenntnisse aus dem HRIA sollten in die Arbeitsabläufe der Organisation aufgenommen werden.

Weiterhin darauf hinarbeiten, wirksame und zugängliche Beschwerdemechanismen vor Ort einzuführen

Der WWF Deutschland ist am Aufbau von Beschwerdemechanismen auf Projektebene beteiligt. Wir empfehlen die weitergehende Einführung des von WWF International vorgegebenen *Project Complaints Resolution Process*.

Funktionierende Beschwerdemechanismen spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, auf negative menschenrechtliche Auswirkungen von Projekten des WWF Deutschland zu reagieren und Abhilfe zu schaffen.

Um die Menschen und Gemeinschaften vor Ort zu erreichen, sollte der WWF Deutschland hierbei die enge Zusammenarbeit mit lokalen NGOs fortführen.

Proaktiver und transparenter über Menschenrechtsthemen berichten

Die Transparenzstrategie des WWF Deutschland sollte an die veränderten Erwartungen von Mitarbeiter:innen, Mitgliedern und Spendern, Zivilgesellschaft, Politik, Geldgebern und anderen Stakeholdern angepasst werden.

Wir empfehlen eine regelmäßige und strukturierte Berichterstattung zu Menschenrechtsthemen in Form eines eigenständigen Berichts. Dies wird das Vertrauen in den WWF Deutschland stärken und das Monitoring menschenrechtlicher Auswirkungen erleichtern. Der Bericht sollte die Fortschritte des WWF Deutschland hinsichtlich der menschenrechtlichen Sorgfaltsprozesse darstellen, aber auch auf die Herausforderungen eingehen, die sich in diesem Bereich ergeben.

Fazit: ein gemeinsamer Lernprozess

Der WWF Deutschland ist Teil eines einzigartigen, weltweiten Netzwerks. Projekte in Naturschutzgebieten sind zentraler Bestandteil seines Auftrags, die Biodiversität der Erde zu schützen. Dabei ist er in einigen der entlegensten Gebiete der Welt sowie in von Konflikten betroffenen Regionen aktiv.

Durch die vorliegende erste Untersuchung der bestehenden Praktiken im Bereich menschenrechtlicher Sorgfalt hat der WWF Deutschland eine große Bereitschaft bewiesen, seine Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte wahrzunehmen. Für die kommenden Jahre bedeutet dies nichtsdestotrotz einen anspruchsvollen Lernprozess. Um Naturschutzprojekte auch in instabilen Umfeldern erfolgreich durchführen zu können, wird der WWF Deutschland eine intensive interne Diskussion führen und externe Stakeholder stärker in Menschenrechtsfragen einbeziehen müssen.

Auf dem Weg zu einem strukturierten Menschenrechtsansatz

Eine Übersicht über die nächsten Schritte, die sich aus den Empfehlungen dieses Berichts ergeben.

Führend im Bereich menschenrechtliche Sorgfalt >>

Erste Bewertung

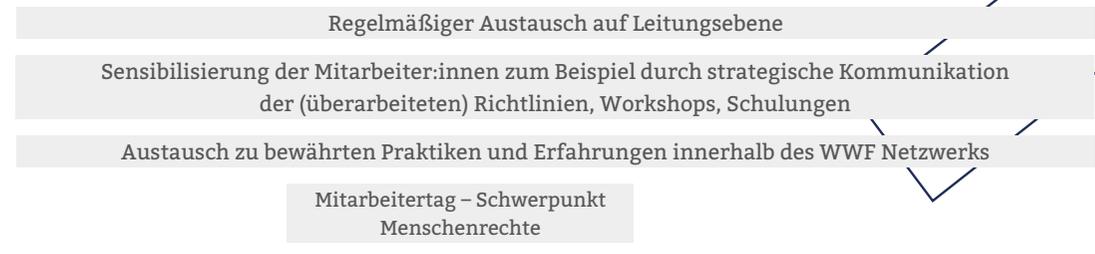
• Untersuchungsbericht einschließlich Empfehlungen

Menschenrechtliche Sorgfalt WWF Deutschland Schwerpunkt: Naturschutzprojekte (in bestimmten Schutzgebieten)

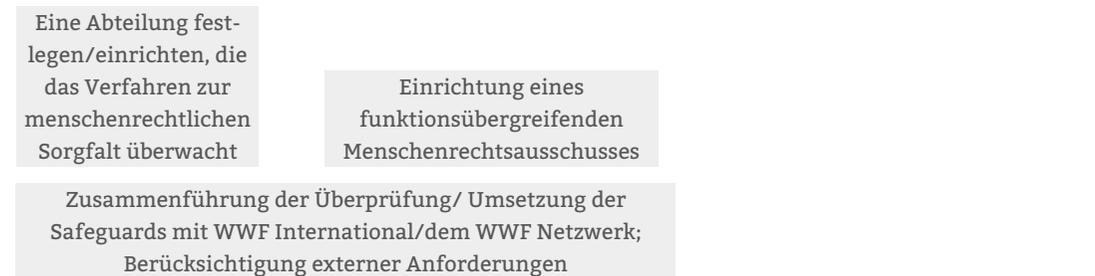
Implementierung der Empfehlungen, unterstützt von Löning – Human Rights & Responsible Business

- **Kick-Off Workshop:** Onboarding, Überblick über die Aktivitäten des WWF Deutschland
- Risikomapping
- **Priorisierung** für die Definition nächster Schritte
- Mögliche Berücksichtigung weiterer Arbeitsgebiete des WWF

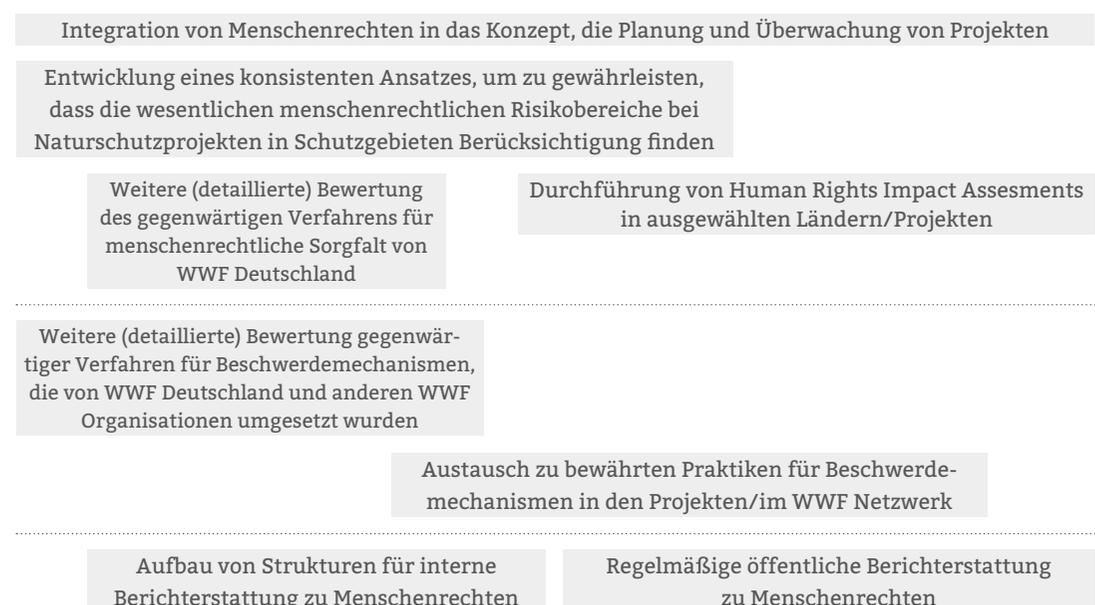
Menschenrechte in der Organisationskultur des WWF Deutschlands



Effektive Führungsstruktur



Aufbau eines durchgehend robusten Menschenrechtsansatzes innerhalb der Projektzyklen und darüber hinaus



Löning

*Human Rights &
Responsible Business*

IMPRESSUM Löning – Human Rights & Responsible Business | Naunynstraße 40, 10999 Berlin | info@loening-berlin.de,
loening-berlin.de | Verfasser: Lisa Szeponik, Cecilia Barral Diego und Theresa Quiachon | Erstellt im Auftrag des WWF
Deutschland, Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin